

Sechs Wochen lang war Sardinien „weiße Zone“. So werden gemäß der Corona-Ampel der italienischen Regierung die Gebiete mit dem geringsten Infektionsrisiko bezeichnet. Sardinien hatte sich das Prädikat am 1. März als einzige unter den zwanzig Regionen des Landes verdient. Seit Montag ist die Insel aber wieder „rote Zone“ mit der höchsten Ansteckungsgefahr. Die Warnstufen dazwischen, Gelb und Orange, wurden glatt übersprungen.

An den rund 40 000 italienischen Touristen, die seit dem 1. März auf die weitgehend coronafreie Insel geströmt waren und bei der Einreise allesamt einen negativen Test hatten vorlegen müssen, hat es laut dem sardischen Regionalpräsidenten Christian Solinas nicht gelegen, dass die Infektionszahlen wieder in die Höhe geschellt sind. Vielmehr sei es das Verhalten der zunehmend nachlässigen Einheimischen gewesen: „Wir bezahlen nun den Preis für ein Verhalten unserer Bevölkerung, das man nicht wirklich als verantwortungsvoll bezeichnen kann.“ Medien hatten von gut gefüllten Bars und Restaurants, von Hochzeiten und Tauffeiern mit Dutzenden Gästen berichtet. Und das ausgerechnet in dem Augenblick, da sich die ansteckendere britische Mutante des Coronavirus verbreitete.

Zudem kommt die Impfkampagne auf der Insel nur schleppend in Gang. Rund 300 000 der 1,6 Millionen Einwohner haben bisher eine erste Impfdosis erhalten. Nur Kalabrien, das notorische Armenhaus an der italienischen Stiefelspitze, hat bisher weniger Impfdosen verabreicht als Sardinien. Um sich für die Sommersaison zu wappnen, soll nun eine radikale Wende eingeleitet werden. Gemeinsam mit Siziliens Regionalpräsidenten Nello Musumeci schrieb Salinas einen Brief an die Regierung in Rom mit folgenden Vorschlag: „Die gesamte Bevölkerung von Sardinien und Sizilien muss geimpft werden. Es handelt sich um die beiden größten Inseln im Mittelmeer mit einem stark entwickelten Fremdenverkehr, der einen wichtigen Beitrag zum Neustart unserer Wirtschaft leisten kann.“ In den Häfen und auf den Flughäfen der Inseln sei es leicht möglich, alle Reisenden zu kontrollieren, die ihrerseits eine im künftigen „Grünen Pass“ bestätigte Corona-Impfung oder einen negativen Test vorlegen müssten, schrieben der Regionalpräsidenten der Inseln, die zusammen etwa 6,6 Millionen Einwohner haben.

Solinas und Musumeci schlugen weiter vor, die beiden Regionen würden auf eigene Kosten den russischen Impfstoff Sputnik V erwerben, um mit dem zusätzlichen Vakzin – das in Italien bisher noch gar nicht zugelassen ist – möglichst rasch ihre Bevölkerung vollständig zu immunisieren. Ob kurzfristig überhaupt so viele zusätzliche Dosen Sputnik V geliefert werden können, ist jedoch fraglich. Grundsätzlich stehen Regierung und Fachleute in Italien dem russischen Impfstoff sehr aufgeschlossen gegenüber. In der auf Infektionskrankheiten spezialisierten Klinik „Lazzaro Spallanzani“ in Rom unternehmen italienische und russischer Forscher seit März gemeinsam klinische Tests mit dem Vakzin. Der russische Staatsfonds RDIF, der Sputnik V im Aus-



„Rote Zone“: An eine touristische Hochsaison ist in Italien, wie hier in Florenz, lange noch nicht zu denken.

Foto Getty

## Schneller impfen auf der Insel

Sardinien und Sizilien wollen vor der Tourismussaison die gesamte Bevölkerung impfen. Italiens Festland protestiert. *Von Matthias Rüb, Rom*

land vertreibt, und der italienisch-schweizerische Konzern Adienne Pharma & Biontech, haben vereinbart, im Juni oder Juli in Colnago in der Nähe von Monza in der Lombardei mit der Produktion von Sputnik V zu beginnen. Bis Jahresende sollen dort bis zu zehn Millionen Impfdosen von Sputnik V hergestellt werden – entweder für Italien selbst, sofern die erforderlichen Zulassungen vorliegen, oder für den weltweiten Export.

Auch kleinere italienische Inseln, zu denen Capri, Ischia und Procida im Golf von Neapel ebenso gehören wie Elba und die Äolischen Inseln vor Sizilien und Pantelleria und Lampedusa, wollen bis Anfang Juni Herdenimmunität erreichen. „Ich möchte nur unsere Touristen-Saison retten, die für uns das Überleben bedeutet“, sagte der Bürgermeister von Capri, Marino Lembo, in der Zeitung „Corriere della Sera“. Die 4000 Menschen auf der Insel zu impfen sei rasch erledigt. In die gleiche Kerbe schlug der Bürgermeister von Lampedusa, Totò Martello, in der Zeitung „Repubblica“: Binnen einer Woche könne man die 5000 ständigen Einwohner Lampedusas impfen.

Auf dem Festland kommt die Idee nicht gut an. Auch an der pittoresken

Amalfiküste südöstlich von Neapel, in Rimini an der Adria oder an der Riviera in Ligurien wartet man sehnlichst auf Touristen aus Europa und aus Übersee. Von einer Sonderbehandlung der Inselbevölkerung will man dort nichts wissen. Das sehen die meisten Regierungsmitglieder in Rom ebenso. Aus Venedig meldete sich am Dienstag Regionalpräsident Luca Zaia zu Wort, der Venetien bis Juni ebenfalls zur „coronafreien Region“ machen will. „Wir wollen so bald wie möglich in die Sommersaison starten und unsere Gäste aus Österreich und Deutschland begrüßen. Ich bin sicher, dass wir dank unserer Impfkampagne unbesorgt in den Sommer starten können“, sagte Zaia vor dem Verband der Auslandsjournalisten in Rom. Zaia zeigte sich zuversichtlich, dass die derzeitige Quarantänapflicht von fünf Tagen für Reisende aus Mitgliedsstaaten der EU bald aufgehoben werde.

Der Startschuss für die Fremdenverkehrssaison soll nach den Worten von Italiens Tourismusminister Massimo Gargavaglia spätestens am 2. Juni erfolgen. „Wir müssen den Neubeginn schon jetzt planen, sonst werden wir von anderen Ländern überholt“, warnte der Minister

zu Wochenbeginn – vor allem mit Blick auf Griechenland, wo das Konzept von „coronafreien Inseln“ mit Entschiedenheit vorangetrieben wird, aber auch auf Spanien und Kroatien. Klar ist, dass Italien in den sieben Wochen bis zum geplanten Beginn der Sommersaison die nationale Herdenimmunität mittels Massenimpfung nicht erreichen kann. Bis Donnerstag erhielten rund 16,5 Prozent der italienischen Bevölkerung eine erste Impfdosis. Die vollständige Immunisierung mit der zweiten Dosis war nur bei knapp sieben Prozent der 60 Millionen Einwohner erreicht. Der Tourismus macht gut 13 Prozent der Wirtschaftsleistung Italiens aus.

Mit dem Fremdenverkehr verbindet sich vor der Sommersaison die Hoffnung, er möge Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt aus dem Krisendunkel ziehen. Doch dazu braucht es die Touristen aus dem Ausland. Im vergangenen Jahr verbrachten Millionen Italiener, die unter normalen Umständen vielleicht ins Ausland gereist wären, die ersten Sommerferien unter Pandemiebedingungen an den heimischen Küsten und in den Bergen Italiens. Aber die Zahl der ausländischen Urlauber erreichte nur die Hälfte des Durchschnitts der Jahre zuvor.

afrika zu unterstützen. Das Unternehmen arbeitet mit dem südafrikanischen Generika-Hersteller Aspen zusammen, der in seinem Werk in Qgeberha, früher Port Elizabeth, die Impfstoffe abfüllt und verpackt. Es ist einer der wenigen Impfstoffhersteller in Afrika. Unklar ist jedoch, wie viel für den Export vorgesehen ist.

Das Hauptproblem besteht darin, dass der Kontinent fast ausschließlich auf Importe angewiesen ist. Die Rufe werden jetzt lauter, Produktionsstätten in Afrika aufzubauen. „Unsere Aufgabe ist es, unsere eigenen Möglichkeiten zu nutzen und eine lebendige, innovative Industrie zu schaffen“, sagte Südafrikas Staatspräsident Cyril Ramaphosa. Afrikanische Länder sollten sich an Schwellenländern wie Brasilien oder Indien orientieren. Auch die Afrikanische Union dringt darauf, den Anteil importierter Impfstoffe bis 2040 von 99 auf 40 Prozent zu senken.

Um ärmeren Ländern die Produktion zu ermöglichen, hatten Südafrika und Indien schon im vergangenen Jahr eine Aufhebung des Patentschutzes gefordert. In dieser Woche nun appellierten Nobelpreisträger und frühere Staatschefs in einem Brief an den amerikanischen Staatspräsidenten Joe Biden, die Patente aufzuheben. Es sei ein „wichtiger und nötiger Schritt, um die Pandemie zu beenden“. Pharmaexperten aber warnen vor zu hohen Erwartungen. Selbst ohne Patentschutz würde es Jahre dauern, um Produktionsstätten aufzubauen und im Wettbewerb mit Indien und anderen Ländern mithalten zu können.

Die Impfpause in Südafrika fällt zumindest in eine Zeit, in der sich die Covid-Lage entspannt hat. Seit einer kurzen zweiten Infektionswelle zum Jahreswechsel ist die Sieben-Tage-Inzidenz auf rund zwölf gesunken. Die Intensivstationen in den Krankenhäusern sind kaum belegt, die eilig im vergangenen Jahr errichteten Covid-Lazarette wurden abgebaut, es gelten kaum Ausgangsbeschränkungen. Allerdings geht die Sorge vor einer dritten Infektionswelle um, wenn auf der Südhälfte der Winter beginnt.

## Virologen sind entsetzt über Schweizer Regierung

### Bern öffnet trotz steigender Infektionszahlen

rit. ZÜRICH. „Wir gehen ein Risiko ein. Es ist aber vertretbar für unsere Gesellschaft.“ Mit diesen Worten rechtfertigte der Schweizer Gesundheitsminister Alain Berset die Öffnungen, welche die Regierung in Bern am Mittwoch beschlossen hat. Während Deutschland über eine Verschärfung der Maßnahmen im Kampf gegen das Coronavirus und über nächtliche Ausgangssperren diskutiert, übt sich die Schweiz in Lockerungen. Vom kommenden Montag an dürfen Restaurants und Bars ihre Terrassen öffnen. In Kinos, Theatern und Konzertsälen dürfen sich fortan bis zu 50 Personen tummeln, wobei die Auslastung auf ein Drittel beschränkt ist, damit die Abstände eingehalten werden können. Auch Fitnesszentren dürfen wieder öffnen. Die Sportler müssen allerdings Masken tragen. An Veranstaltungen wie Fußballspielen, die draußen stattfinden, dürfen bis zu hundert Zuschauer mit Maske teilnehmen. Studenten können an die Hochschulen zurückkehren, wobei nur 50 von ihnen in einem Hörsaal sitzen dürfen.

Dass die Regierung die Außenbereiche der Restaurants öffnen würde, war erwartet worden. Die anderen Öffnungsschritte kamen allerdings überraschend. Bern hatte in den vergangenen Monaten einen vorsichtigen Kurs eingeschlagen, nachdem die Schweiz es im vergangenen Sommer mit den Lockerungen deutlich übertrieben hatte und dafür im Herbst mit sehr hohen Infektions- und Todeszahlen bestraft wurde. Doch der Druck aus der Wirtschaft sowie der nationalkonservativen Schweizerischen Volkspartei (SVP), die am liebsten alle Einschränkungen aufheben würde, ist zuletzt immer größer geworden. So setzte sich die Mehrpartei- enregierung, in der SVP und die wirt-

schaftsliberale FDP vier der sieben Mitglieder stellen, nun darüber hinweg, dass vier der fünf Kriterien, die sie mit Blick auf etwaige Lockerungsschritte angelegt hatte, derzeit nicht erfüllt sind. „Aber wir sind überall nahe dran“, argumentierte der sozialdemokratische Gesundheitsminister Berset.

Dabei steigen die Neuinfektionen auch in der Schweiz. Die aktuelle Sieben-Tage-Inzidenz pro 100 000 Einwohner liegt bei 178 und damit höher als in Deutschland (160). Berset verwies allerdings darauf, dass der Anstieg der Krankenhauseinweisungen im Vergleich zu den Fallzahlen relativ langsam verlaufe. Außerdem sprach er von Fortschritten in der Impfkampagne. Tatsächlich geht diese nur schleppend voran. Mit einer Erstimpfungsquote von 13 Prozent liegt die Schweiz noch hinter Deutschland (17 Prozent); bezogen auf die vollständig Geimpften (8 Prozent) hat sie aber leicht die Nase vorn.

Während SVP und FDP die Öffnungsschritte begrüßten, zeigten sich Linke und Grüne besorgt. „Die Gefahr, noch stärker in die dritte Welle zu rasseln und das Gesundheitssystem wieder an den Anschlag zu bringen, ist jetzt leider real“, sagte der Grünen-Präsident Balthasar Glättli. Auch von Virologen hagelte es Kritik. Die Lockerungen bei steigenden Fallzahlen seien nicht nachvollziehbar „und werden unnötig Kranke und Tote zur Folge haben“, twitterte die Genfer Virologin Isabella Eckerle. Für den Berner Epidemiologen Christian Althaus ist es „schwer nachzuvollziehen, wie man sich so kurz vor dem Ziel ins eigene Knie schießen kann“. Die Immunität in der Schweizer Bevölkerung sei noch viel zu gering, um einen weiteren Anstieg der Neuinfektionen zu verhindern.

## Kein öffentliches Fastenbrechen

Corona-Pandemie erfasst die Türkei mit Wucht

Her. FRANKFURT. Mit dem Beginn des Ramadans trat die türkische Regierung auf die Corona-Bremse. Zwar hatte Präsident Tayyip Erdogan schon Ende März 58 der 81 Provinzen, in denen 80 Prozent der Bevölkerung leben, als „Hochrisikogebiete“ eingestuft. Aber wie das Innenministerium am Donnerstag erklärte, solle eine „intensiv-dynamische Kontrolle“ sicherstellen, dass die Vorschriften während des islamischen Fastenmonats auch eingehalten würden, der am Dienstag begonnen hat.

Verboten ist nun – wie in einigen anderen Ländern der islamischen Welt auch – das gemeinschaftliche öffentliche Fastenbrechen. Die werktägliche Ausgangssperre beginnt zwei Stunden früher, um 19 Uhr. In Provinzen mit hohen Infektionszahlen gilt sie das gesamte Wochenende, Reisen zwischen den Städten sind wieder verboten, Restaurants kehren zum Lieferservice zurück. Die meisten Schüler erhalten weiter Heimunterricht. Geschlossen werden bis zum Ende des Ramadans Sportanlagen und Hochzeitsäle. Sollten diese Maßnahmen nicht ausreichen, würden sie weiter verschärft, sagte Erdogan am Mittwoch.

Dabei schien die Türkei die Pandemie noch Ende Februar unter Kontrolle zu haben. Die Zahl der gemeldeten Infektionen hatte sich bei täglich 7400 eingependelt. Seither steigen die Zahlen aber von Tag zu Tag. Allein die Zahl der täglich gemeldeten Neuinfektionen hat sich auf mehr als 60 000 fast verzehnfacht. Das ist mehr als das Doppelte der Zahl in Deutschland mit einer vergleichbaren

Einwohnerzahl. Die landesweite Sieben-Tage-Inzidenz hat 500 überschritten. Auch die Zahl der Todesfälle in Zusammenhang mit Covid-19 hat mit 279 einen neuen Rekordwert erreicht. Mindestens sind an Covid-19 bislang mindestens 35 000 Personen gestorben.

Die Regierung in Ankara führt die steigende Zahl der bestätigten Infektionen teilweise auf die inzwischen umfangreichen Tests zurück. So werden seit einer Woche jeden Tag mehr als 300 000 Tests durchgeführt. Die Regierung klagt aber auch, dass sich die Bevölkerung zu wenig an die Verhaltensregeln halte. Kritiker verweisen hingegen auf den Parteikongress der AKP, an dem am 24. März in Ankara mehr als tausend Personen teilnahmen. Zudem fanden in den vergangene Monaten landesweit zahlreiche regionale Parteitage der Regierungspartei statt. Vor allem dürfte sich in den steigenden Zahlen aber die von der Regierung so genannte „kontrollierte Öffnung“ niederschlagen, die im März in Kraft trat.

Die Türkei hat bisher 19 Millionen Dosen Impfstoff verabreicht, überwiegend des chinesischen Vakzins Sinovac. Zum Beginn der Impfkampagne Mitte Januar hatte Gesundheitsminister Fahrettin Koca angekündigt, dass China bis zum Frühjahr 50 Millionen Impfdosen liefern werde. Später sprach er von 100 Millionen. Auf die gestiegenen Zahlen hat Russland reagiert und alle Flüge von der und in die Türkei bis zum 1. Juni ausgesetzt. 2019 hatten sieben Millionen russische Urlauber das Land besucht.

## Ringten um Abkommen mit Briten

Weber knüpft dessen Ratifizierung an Vertragstreue

T.G. BRÜSSEL. Am Donnerstag hat das Europäische Parlament den ersten Schritt zur Ratifizierung des Abkommens über die künftigen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich getan. Die beiden federführenden Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und Handel stimmten dem Vertrag zu, bei nur einer Gegenstimme. Der entscheidende zweite Schritt bleibt jedoch blockiert: Die Fraktionsvorsitzenden weigern sich, die Abstimmung im Plenum anzusetzen, solange London sich in Nordirland nicht an den Austrittsvertrag hält. Damit steht abermals die Drohung mit einem harten Brexit im Raum. Denn die vorläufige Anwendung des Handels- und Kooperationsabkommens endet am 30. April.

„Wir werden uns nicht von einer willkürlich gesetzten Frist unter Druck setzen lassen“, bekräftigte der Vorsitzende der EVP-Fraktion, Manfred Weber, am Donnerstag gegenüber der F.A.Z. „Wir müssen als Europäer lernen, härter unsere Interessen zu vertreten.“ Der CSU-Politiker verlangte, dass London die einseitige Verlängerung der Frist zurücknimmt, in der tierische und pflanzliche Produkte nicht kontrolliert werden müssen, wenn sie von der britischen Insel nach Nordirland eingeführt werden. Die EU-Kommission hatte der britischen Regierung eine Ausnahme bis Ende März gewährt. Diese Frist verlängerte London Anfang März einseitig bis zum 1. Oktober. Der britische Premierminister Boris Johnson reagierte

damit auf Lieferengpässe. Trotz der Ausnahmen, die für eine begrenzte Zahl von Lieferanten gelten, waren Regale in den britischen Supermärkten leer geblieben.

Wegen des einseitigen Schritts Londons leitete die EU-Kommission Mitte März ein Vertragsverletzungsverfahren ein. Die Verhandlungsführer beider Seiten, Maroš Šefčovič und David Frost, wollten am Donnerstagabend in Brüssel nach einem Ausweg suchen. Vorab war von einer Annäherung die Rede, doch seien noch schwierige Fragen zu lösen. „Die Kommission muss in den kommenden Tagen überzeugend darlegen, wie sie die Vertragstreue Londons sicherstellt“, forderte Weber. Er zeigte sich zu einer pragmatischen Lösung bereit, das gehe aber nur mit Vertrauen. „Dieses Vertrauen hat Johnson mit seinen einsamen Entscheidungen schwer beschädigt.“ Der Vorsitzende der größten Fraktion im Europaparlament machte den britischen Regierungschef auch für die jüngsten Gewaltausbrüche in Nordirland verantwortlich: „Das ist Johnson-Gewalt, die durch Brexit-Ideologen entstanden ist. Die haben die Zollgrenze in der Irischen See doch erst geschaffen.“

Auch andere Fraktionen im Europaparlament knüpften die Ratifizierung des Abkommens am Donnerstag daran, dass London zur Vertragstreue zurückkehrt. Denkbar ist, dass die Frist Ende April ein weiteres Mal verlängert wird. Dies geschah schon einmal.

## Begrenzter Zugang

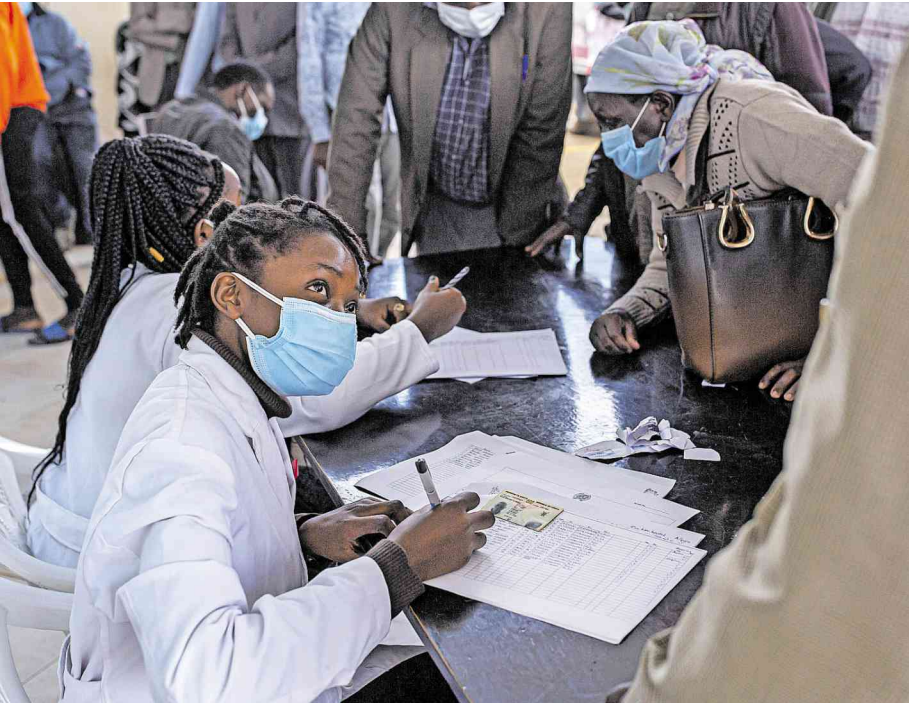
Afrika ist auf Impfstoff-Importe angewiesen – doch die lassen auf sich warten / *Von Claudia Bröll, Kapstadt*

Kaum hatte Südafrikas Gesundheitsminister Zweli Mkheize den lange erwarteten Covid-Impfplan vorgelegt, muss er schon wieder einen Stopp verkünden. Diesmal geht es um den Impfstoff von Johnson & Johnson (J&J), der wegen Bluterinseln in den Vereinigten Staaten ausgesetzt wurde. Für Südafrika ist die Zwangspause ein weiterer Schlag. Es ist das einzige afrikanische Land, das den J&J-Impfstoff verimpft, und zwar bislang ausschließlich.

Im Februar war die Regierung abrupt von dem Astra-Zeneca-Impfstoff auf J&J umgeschwenkt, allerdings nicht wegen möglicher Bluterinseln. Damals hatten Wissenschaftler dem Vakzin eine geringere Wirksamkeit gegen die südafrikanische Variante B.1.351 attestiert. Seitdem wurden Impfdosen von J&J und Biontech/Pfizer bestellt, aber erst in geringen Mengen geliefert. Weniger als 300 000 Menschen, fast ausschließlich Beschäftigte im Gesundheitswesen, wurden damit geimpft. Das sind 0,4 Prozent der Bevölkerung. Es sei eine temporäre Aussetzung, bestätigte die Regulierungsbehörde am Donnerstag. Man wolle die Daten aus klinischen Tests im eigenen Land und die Daten aus den Vereinigten Staaten auswerten. Die Pause dürfte nur wenige Tage dauern.

Südafrika ist nicht das einzige Land auf dem Kontinent, in dem die Impfungen weitaus langsamer vorankommen als in Europa und in den Vereinigten Staaten. Proteste gegen „Impfstoff-Nationalismus“ und „Impfstoff-Apartheid“ füllen seit Monaten die sozialen Medien. Kritik kam jüngst auch von der Generalsekretarin der Welthandelsorganisation (WTO), Ngozi Okonjo-Iweala. Sie nannte es „moralisch unververtretbar und einen schweren wirtschaftlichen Schlag“, dass nur ein Prozent der Afrikaner bisher geimpft sei im Vergleich zu mehr als 40 Prozent in Nordamerika.

Die meisten afrikanischen Länder erhalten Impfstoffe über die Covax-Initiative der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Zusätzlich beziehen einige Länder direkt von den Herstellern. China,



Warten auf die Impfung: Registrierung in Kenia Ende März

Foto Bloomberg